

Integrationsbegriff, den wir hierzulande immer noch nutzen: Integration bedeutet diesem Verständnis nach Inklusion (soziale Teilhabe) und Assimilation (Beispiel: Heirat mit einem Deutschen). Im angelsächsischen Raum ist der Begriff Integration hingegen viel weniger defizitorientiert, weil er sich vornehmlich auf Inklusion bezieht: soziale messbare Teilhabe an den gesellschaft-

lichen Ressourcen. In der Behindertenpolitik haben wir diesen Paradigmenwechsel schon lange vollzogen, warum tun wir uns bei der Integrationspolitik so schwer? Und somit bleibt die Studie am Schluss eine Antwort schuldig, wie die »ungenutzten Potenziale« denn genutzt werden können. Sie bleibt eine Antwort schuldig, weil sie nicht die richtigen Fragen stellt.

*Thomas Meyer*

## Das Elend des Fundamentalismus

### 30 Jahre iranische Theokratie

#### Ein besonderes Jubiläum

Im Großjahr der Erinnerungen droht ein Jubiläum ins Abseits zu geraten, dem doch besonderes Gewicht zukommt, vielerorts in der Welt und durchaus auch bei uns. Im Februar vor 30 Jahren kehrte Ayatollah Khomeini, heute schon mehr Legende als Erinnerung, mit einer kleinen Schar seiner engsten Gefolgsleute aus dem Pariser Exil nach Teheran zurück, um alsbald die altehrwürdige Zivilisation in eine theokratische Diktatur zu verwandeln.

Dieses Ereignis hat die Zukunft der Welt in paradoxer Verkehrung womöglich stärker beeinflusst, als den meisten bewusst ist. Steht doch Khomeinis Rückkehr tatsächlich und symbolisch für den in modernen Zeiten beispiellosen Versuch, die maßlosen Verheißungen des modernen religiös-politischen Fundamentalismus in der wirklichen Welt exemplarisch Realität werden zu lassen und gleichermaßen für das modellhafte Scheitern dieses Experiments binnen kürzester Frist.

Es geht dabei um nicht weniger als den historischen Lackmusest derjenigen neuen politischen Ideologie, die weltweit die Nachfolge der gescheiterten kommunistischen Verheißung angetreten hat. Der



**Thomas Meyer**

(\* 1943) ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Soeben im VS Verlag erschienen: *Was ist Demokratie?*

thomas.meyer@fes.de

Iran ist für den islamischen, womöglich den religiösen politischen Fundamentalismus überhaupt, was die Sowjetunion für die kommunistische Utopie war: das ideenpolitische Waterloo. Das außenpolitische Getöse um mögliche Atomwaffen des Landes und die katastrophale Sackgassenpolitik im Nahen Osten lenken die Aufmerksamkeit der Welt fürs Erste von diesem für die Welt bedeutsamen Sachverhalt noch ab.

Das Experiment startete unter vergleichsweise günstigen Bedingungen. Die Widersprüche des vom Regime des Schahs Reza Pahlawi ohne Rücksicht auf Verluste voran getriebenen Modernisierungsprozesses und die brutale Unterdrückung jeder Opposition hatten im Iran der 70er Jahre ein unerträgliches Ausmaß angenommen. Die barbarische Repression gegen jede politische Abweichung hatte das rück-

sichtslose Modernisierungsregime in den Augen der Welt und des iranischen Volkes restlos delegitimiert. Der Islam aber als traditionsgefestigte Religion des Landes war nur in kleinen, säkularisierten Gegengemeinschaften der radikalen Linken in Frage gestellt. So konnte die Kraft einer offenbar unversehrten Religion gegen den Terror der sie höhnisch missachtenden Schahpolitik ins Feld geführt werden. Die Erwartung wuchs stürmisch an, dass nur sie in der Lage sei, das herrschende Regime zu Fall zu bringen. Khomeini wurde rasch zum Bezwingen-Mythos. Mit ihm, so hoffte das Land, würden Recht und Demokratie einkehren.

### **Eine Art Staatsstreich**

Khomeini selbst und das in seinem Bann stehende religiöse Umfeld ließen anfänglich in keiner Weise durchblicken, dass sie nicht nur das bestehende Unrechtsregime zu Fall bringen, sondern zielstrebig auf einen theokratischen Staatsstreich hinaus wollten. Der in dieser Hinsicht unterschätzte Imam arbeitete, ehe sich die iranische Gesellschaft recht besann, umsichtig daran, seine beispiellose religiös-politische Verführungsmacht nicht nur als Widerstandsenergie gegen das Schah-Regime einzusetzen. Er organisierte im Stillen eine fundamentalistische Machtergreifung, die sich allenfalls auf kleine Minderheiten im Lande stützen konnte. Damals übrigens wie heute, wenn auch die Zahl der Enttäuschten mit jedem Jahr Theokratie gewachsen ist. So kam das geschundene Land nach einem allzu kurzen politischen Frühling vom Regen in die Traufe. Als die Gesellschaft sich nach einer knapp bemessenen Übergangszeit der kulturellen Offenheit und der politischen Konfusion die Augen zu reiben begann, hatten sich die herrschaftversessenen Ayatollahs schon so fest in den Sätteln der Staatsmacht vertäut, abgesichert durch die brutale Gewalt der, häufig ju-

gendlichen und sozial degradierten, Revolutionswächter, dass Opposition nicht mehr möglich war und Widerstand, wie in der gerade erst überwunden geglaubten Zeit und oftmals schlimmer, Folter und Tod zur Folge hatten.

Aus der islamischen Republik, von der die meisten glaubten, sie wolle nur der Religion ihre Reverenz erweisen, die das Ende der alten Verhältnisse möglich gemacht hatte, wurde eine moderne Theokratie, die mit ihren zirkulär verdrehten Institutionen der kleinen Clique der fundamentalistischen Mullahs in allen öffentlichen Fragen das letzte Wort gibt und dazu die Machtmittel, dessen Durchsetzung notfalls mit barbarischer Härte zu erzwingen. Binnen weniger Jahre geriet das Land in die Hände einer Koalition aus politisiertem Klerus, gewaltbereiten, sozial marginalisierten Revolutionswächtern und einem gehobenen Günstlingsmilieu, das davon materiell profitiert.

Der medial eingespielte Begriff »Mullah-Regime« verdeckt dabei die Tatsache, dass die tatsächliche, an den Hochschulen des Landes lehrende islamische Geistlichkeit des Iran in ihrer Mehrheit zu keinem Zeitpunkt den politischen Missbrauch des Islam zum Zwecke der Machtsicherung einer kleinen Clique und ihrer Nutznießer gutgeheißen hat. Und je mehr dann die neue Diktatur ihr Gesicht erkennen ließ, umso kleiner wurde die Minderheit, die den obwaltenden Gebrauch der Religion zu politischen Zwecken billigte.

### **Eine moderne Theokratie**

Die Verfassung, die die herrschenden Mullahs dem theokratischen Regime gaben, ist ein Musterbeispiel dafür, wie in eine schwach demokratische Fassade die harten Strukturen eines religiösen Fundamentalismus als eigentlicher Machtkern wirksam eingebaut werden können. Die Besetzung und die Macht des religiösen Wächterrates

und des gleichfalls religiösen Expertenrates, die der Mullah-Clique vorbehalten bleiben, verhindern zusammen mit der Prerogative des offiziellen religiösen Führers zuverlässig, dass unabhängige oder oppositionelle Kandidaten eine nennenswerte Chance bei den Parlamentswahlen gewinnen können. Das gilt schon für den Prozess der Aufstellung der Kandidaten zum Parlament, mit der Folge, dass bei der letzten landesweiten Wahl die große Mehrzahl der ursprünglichen Kandidaten von Macht habenden theokratischen Gruppen mit einem Federstrich von den Wahllisten gestrichen wurde, bevor das Wahlvolk sein Votum abgeben konnte. Differenzen in der Auslegung des religiösen Fundamentalismus, in der Politik des Landes und in Freiräumen für Gesellschaft und Öffentlichkeit, die sogar zwischen den Repräsentanten des religiösen Fundamentalismus bestehen, konnten daher bislang immer nur

millimeterweise zum Ausdruck kommen, und das Gesicht der Theokratie nicht wirklich verändern.

Es ist nicht die Religion, die das Land regiert, sondern der Machtwille einer kleinen Gruppe, die die Religion instrumentalisiert, um ihre Macht- und Einkommensinteressen auf fadenscheinige Weise zu legitimieren. Im Iran lebende und international renommierte Geistliche und Gelehrte wie Mohamed Shabestari oder Abdelkorim Soroush sprechen für viele, wenn sie argumentieren, dass allein eine rechtsstaatliche Demokratie dem Korangebot gerecht werden würde, in Glaubensfragen keinen Zwang auszuüben. Weil dieses Bewusstsein in der eigentlichen Geistlichkeit des Landes lebendig ist, stützen sich die Mullahs zur Wahrung ihrer Machtstellung auf nichts so sehr wie die nackte Gewalt gegenüber allen Abweichungen und die Bestechung einer relativ breiten Schicht von Günst-

lingen zur Wahrung einer Unterstützung, die sie auf anderen Wegen eben nicht erlangen können.

### **Ein soziales Desaster**

Der Anspruch des islamischen Fundamentalismus vor der Machtergreifung erstreckte sich nicht nur auf die Beseitigung von Willkürherrschaft und Korruption, sondern ebenso auf das Versprechen einer gerechten Gesellschaft und einer ausbeutungsfreien Wirtschaft. Das Mullah-Regime hat keines von diesen Versprechen eingelöst. Das Gegenteil ist der Fall. Soweit ökonomische und soziale Regeln direkt aus der Religion folgen sollten, werden sie entweder durch institutionelle Heuchelei zum Schein befriedigt und real umgangen, wie das Zins-Verbot, oder zur weitgehenden Bedeutungslosigkeit privatisiert wie das Gebot der Almosengabe für die Armen. An die Stelle des großen Privateigentums sind religiöse Stiftungen getreten, die real nicht anders funktionieren als kapitalistische Unternehmen oder Großbanken in der Erwirtschaftung und Verwendung ihrer Gewinne. Sie dienen aber dem politischen Zweck, die Gefolgschaftsmilieus der Mullahs und diese selbst mit einem lukrativen Renteneinkommen aus den Ölquellen des Landes zu versorgen, das losgelöst ist von jeder gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Leistung und allein ihrer Loyalitätssicherung dient. Ein System, das ohne die immer noch gewaltigen Einkommen aus dem Erdöl des Landes schon längst seinen Geist aufgegeben hätte. Die Armut ist trotz des nun als öffentlicher Imperativ geltenden Gebots der Armutsteuer für alle Gläubigen größer als in den meisten vergleichbaren Ländern (ca. 40 %) und beinahe jeder zweite Erwachsene ist arbeitslos. Gesicherte soziale Rechte für die ganze Gesellschaft existieren nicht. Stattdessen existieren Kassen und Unterstützungsfonds für verschiedene Gruppen der Gesell-

schaft, im Wesentlichen wiederum unter Gesichtspunkten der politischen Loyalitätssicherung gegliedert.

### **Das historische Scheitern des Fundamentalismus**

Dem Scheitern der großen Verheißungen auf der ganzen Linie entspricht die Stimmung im Volke. Die Jugend des Landes ist von der Mullah-Herrschaft genervt und angewidert und nirgends sonst auf der Welt war selbst in den Jahren ihres Niedergangs und trotz George W. Bush die Verehrung für die USA größer als im Iran, dessen politische Klasse sich doch gerade aus der Feindschaft zur Weltsupermacht legitimiert. Mit jedem Tage, den das Mullah-Regime über die absolute Macht im Lande verfügte, hat es letztlich nur die Gegnerschaft des Volkes gegen seine Herrschaft bekräftigt.

Der religiös-politische Fundamentalismus, und das ist die eigentliche historische Bedeutung des iranischen Experiments, hat sich im Iran auf ganzer Linie historisch widerlegt. Er hat dazu weniger Zeit gebraucht als der Kommunismus, dessen Nachfolge als Erlösungs- und Protestideologie der Ausgegrenzten er weltweit antreten möchte. Außer den kleinen Gruppen der vom System materiell Begünstigten hat das Mullah-Regime keine Anhänger im Lande. Kaum irgendwo sonst auf der Welt ist die Kluft zwischen Herrschaft und Volk tiefer, nur durch die außenpolitische Konfrontation, zumal in der prestigereichen Nuklearfrage, verschafft sich das Regime ein wenig Atemluft im Inneren und Beachtung draußen. Die einzige Frage, die 30 Jahre nach der theokratischen »Revolution« noch offen ist, lautet, wie lange das Land die erzwungenen Zustände noch ertragen wird. Im Iran hat der religiöse Fundamentalismus gezeigt, dass er zwar als Protestideologie mächtig ist, aber unfähig, eine menschenwürdige Ordnung zu errichten.